

<https://www.neues-deutschland.de/artikel/1036566.dem-verbot-der-atombombe-etwas-naeher.html>

Von Olaf Standke

27.12.2016

Dem Verbot der Atombombe etwas näher

Vollversammlung der Vereinten Nationen verhandelt Vertrag über Ächtung der Kernwaffen

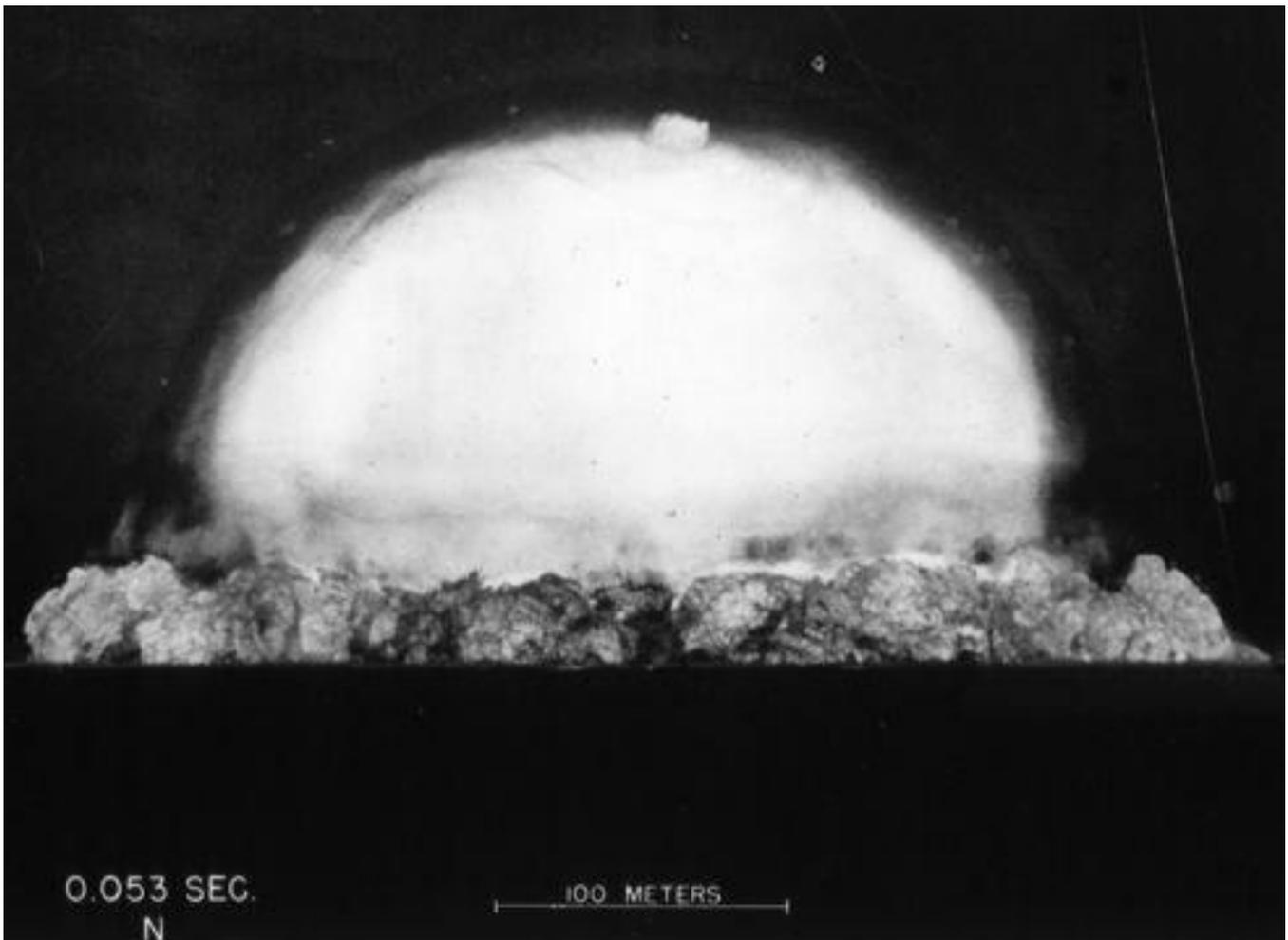


Foto: dpa

Ein neuer Rüstungswettlauf oder ein erster wichtiger Schritt hin zu einem umfassenden Atomwaffenverbot - nach dem vergangenen Wochenende steht die Welt wieder einmal am nuklearen Scheideweg. Erst hatte der designierte Präsident Donald Trump am Heiligabend seinen Tweet zum massiven Ausbau der US-amerikanischen Atomwaffenarsenale gegenüber dem Sender MSNBC mit den Worten bekräftigt, er sei notfalls auch zu einem »Wettrüsten« mit Russland bereit. Wenig später stimmte dann die Vollversammlung der Vereinten Nationen dafür, beginnend im März kommenden Jahres offiziell über ein Kernwaffenverbot zu verhandeln.

Damit habe sie einen politischen Kontrapunkt zu den jüngsten Ankündigungen Moskaus und Washingtons gesetzt, verstärkt nuklear aufzurüsten, so die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN). Für Xanthe Hall, Abrüstungsexpertin der Friedensorganisation Internationale Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW) ist diese Resolution »ein echtes Weihnachtsgeschenk«. Aktivisten sprechen von einem Wendepunkt

in der Geschichte der Abrüstung und sehen ein Zeichen der Hoffnung angesichts des Versagens des UN-Sicherheitsrates, seinen Auftrag als Garant des Weltfriedens zu erfüllen.

Noch sind Kernwaffen die einzigen Massenvernichtungswaffen, die nicht völkerrechtlich verboten sind. »Die bestehende, auf Atomwaffen fußende Weltordnungspolitik und ihre alten Machtzentren haben das Vertrauen vollends verspielt«, betont Sascha Hach, Vorstandsmitglied von ICAN Deutschland. Gegenwertig verfügen neun Staaten über Atomwaffen: neben den USA und Russland sind das Großbritannien, Frankreich, China, Indien, Pakistan, Israel und Nordkorea. Alle zusammen haben nach Angaben des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI etwa 15.400 Nuklearsprengköpfe; 93 Prozent davon befinden sich in den Arsenalen Washingtons und Moskaus.

Nicht ohne Grund steht die symbolische »doomsday clock«, die Atomkriegsuhr der Zeitschrift »Bulletin of the Atomic Scientists«, weiter auf drei vor zwölf, erinnerten doch vor allem die Spannungen zwischen den USA und Russland zunehmend an die kältesten Tage des Kalten Krieges. Schon die Anwesenheit von Kernwaffen begründet eine existenzielle Gefahr, letztlich für die ganze Menschheit. Und selbst Missverständnisse oder Falschinformationen können zum Ausgangspunkt nuklearer Eskalation werden, wie dieses Wochenende auch gezeigt hat - als Pakistans Verteidigungsminister Khawaja Asif auf ein gefälschtes Dokument hereinfiel und Israel ohne Prüfung der Quelle prompt mit Atomschlägen gedroht hat.

Im Internet war der ehemalige israelische Verteidigungsminister Mosche Jaalon mit der angeblichen Aussage zitiert worden, man werde Pakistan »nuklear zerstören«, sollte das Land »unter dem Vorwand, den Islamischen Staat zu bekämpfen«, Truppen nach Syrien schicken. Israel gilt als regionale Atommacht, hat den Besitz von Kernwaffen jedoch nie amtlich zugegeben. SIPRI geht von mehr als 80 nuklearen Sprengköpfen aus. Pakistans atomares Arsenal schätzen die Friedensforscher auf 120 Sprengköpfe - es wächst so schnell wie kein anderes weltweit und ist laut »Nuclear Materials Security Index« zudem eines der unsichersten.

Der sogenannte Atomwaffensperrvertrag von Kernwaffen von 1968 ist das Fundament des internationalen nuklearen Nichtverbreitungs- und Abrüstungsregimes. Als Unterzeichnerstaaten haben sich die teilnehmenden Nuklearmächte USA, Russland, China, Frankreich, Großbritannien auf das Ziel der vollständigen atomaren Abrüstung verpflichtet. Die Nichtkernwaffenstaaten wiederum verzichten im Gegenzug auf den Erwerb von Atomwaffen. Kritiker werfen Washington und Moskau vor, dass sich die Zahl ihrer nuklearen Sprengköpfe - auf dem Höhepunkt des Kalten Kriegs waren es fast 70 000 - zwar deutlich verringert habe, die Qualität und Flexibilität ihrer einsatzbereiten Kernwaffen durch umfangreiche Modernisierungsprogramme der strategischen Atomstreitkräfte aber sogar weiter erhöht worden sei.

Bemerkenswert an der diplomatischen Initiative zum Kernwaffenverbot ist auch, dass sich in den vergangenen drei Jahren eine immer stärker werdende Bewegung aus atomwaffenfreien Staaten und Zivilgesellschaft herausgebildet hat. Sie stellte die humanitären Auswirkungen von Atomwaffen ins Zentrum der abrüstungspolitischen Debatte, unter anderem auf drei großen internationalen Konferenzen. Resultat der Bemühungen war eine Arbeitsgruppe zur nuklearer Abrüstung bei den Vereinten Nationen. Sie tagte in diesem Jahr am UN-Sitz in Genf und rief im Sommer nach einer internen Abstimmung die Vollversammlung der 193 Mitgliedstaaten dazu auf, 2017 Verbotsverhandlungen aufzunehmen

Österreich, Irland, Mexiko, Brasilien, Südafrika und Nigeria haben dann eine entsprechende Resolution vorgelegt, die am 28. Oktober zunächst vom Ersten Ausschuss der UNO mit großer Mehrheit angenommen worden ist. Mit 113 Ja-Stimmen hat das Plenum der Vereinten Nationen nun den Beschluss des Ausschusses formell bestätigt und so den Weg für die Ächtung der zerstörerischsten Massenvernichtungswaffen frei gemacht. 35 Staaten, darunter auch Deutschland, votierten gegen die Resolution, mit der Beginn, Ende und Rahmen einer entsprechenden Verhandlungskonferenz abgesteckt werden sollen. Ziel ist es, bis zum 7. Juli nächsten Jahres ein tragfähiges Vertragswerk auszuhandeln. »Es ist, als ob die Vollversammlung mit dieser Resolution eine neue Ära einläuten wolle. Diesem Appell müssen die Regierungen nun folgen«, betont Sascha Hach. Xanthe Hall sieht dabei Berlin in einer besonderen Verantwortung und fordert die Bundesregierung auf, an den Verhandlungen im nächsten Jahr teilzunehmen.